

## Pressemitteilung

Mörfelden-Walldorf, 28. November 2017



## Der Weg zur Abschaffung einer Straßenbeitragssatzung geht nur über die Landesregierung

Antworten auf den Offenen Brief der Freien Wähler

In einem Offenen Brief an die Fraktionen im Hessischen Landtag und den hessischen Innenminister Beuth forderte Mitte Oktober dieses Jahres die Fraktion der Freien Wähler Mörfelden-Walldorf die Rücknahme der Änderung des Kommunalen Abgabengesetzes zur Straßenbeitragssatzung aus dem Jahre 2013.

Leider gab es nur von zwei Fraktionen und dem Innenministerium eine Antwort. Während die CDU-Fraktion keine Notwendigkeit einer Gesetzesänderung sieht und SPD-Fraktion auf die schwarz-grüne Mehrheit im Landtag verweist macht das Innenministerium klar, dass es auf Grund der finanziellen Lage der Stadt Mörfelden-Walldorf keine Alternative zur Einführung einer Straßenbeitragssatzung gibt und diese auch richtig und zielführend sei.

„Ich finde es erstaunlich, dass gerade von der Grünen- und der Linken-Landtagsfraktion keinerlei Reaktion erfolgte.“, erklärt Joachim Rommel, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler. „Da scheinen Kommunal- und Landespolitik weit voneinander entfernt zu sein.“

Die Freien Wähler Mörfelden-Walldorf fordern weiterhin eine Änderung des Kommunalen Abgabengesetzes, um den Kommunen in dieser elementaren Frage mehr Spielraum in der Selbstverwaltung zurückzugeben. „Dies bedeutet einen wichtigen Schritt hin zu mehr Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit!“ ergänzt Rommel.

Christian Schmauß, stellvertretender Fraktionsvorsitzender erklärt: „Auch wenn wir am 19.12.2017 in der Stadtverordnetenversammlung für die Einführung der Straßenbeitragssatzung stimmen werden, wollen wir zusammen mit der Bürgeraktion „Gemeinsam gegen Straßenbeiträge“ die Landesregierung dazu bringen die gesetzliche Grundlage wieder zu ändern.“

Die FREIE WÄHLER Hessen haben bereits das Thema „Abschaffung von Straßenbeiträgen“ für den Landtagswahlkampf 2018 gesetzt.

Joachim Rommel, Fraktionsvorsitzender FREIE WÄHLER Mörfelden-Walldorf  
Tel. 0151-50200500

*Die Offenen Briefe an das HMdIS und die Landtagsfraktionen und deren Antworten sind unter [www.fw-mw.de/offener-brief](http://www.fw-mw.de/offener-brief) einsehbar.*